

Peter Weiß

Kuba und die Menschenrechte: Wechselbäder oder Stringenz der europäischen Politik

Mit der Übergabe der Macht in dem seit Jahrzehnten linksdiktatorisch geführten Kuba durch Fidel Castro an seinen Bruder Raúl am 1. August 2006 hat sich die bedrückende Lage auf der Karibikinsel keineswegs geändert. Nach wie vor verwehrt die Führung in Havanna den Kubanern fundamentale Menschen- und Bürgerrechte, nach wie vor herrscht in Kuba Zensur und Meinungsunterdrückung, nach wie vor werden Vertreter der Opposition verfolgt, diffamiert, inhaftiert. All dies zu thematisieren und der kubanischen Opposition die Stärkung zu geben, derer sie dringend bedarf, wäre Aufgabe auch der Europäer. Doch die EU ist von einer kohärenten Kuba-Politik weit entfernt. Während Tschechien und Polen, auch eingedenk eigener Erfahrungen mit sozialistischen Diktaturen, im Juni 2006 auf eine harte Gangart gegenüber Havanna drängten, verhinderte u.a. der vom aktuell sozialistisch geführten Spanien verfolgte Schmusekurs gegenüber dem Castro-Regime eine deutliche Anprangerung der kubanischen Politik. Will die EU Veränderungen in Kuba erreichen, muss sie mit einer Stimme sprechen. Alles andere würde der friedlichen Opposition und den Reformkräften im Land nur schaden.

■ Executive Summary

Over the last few years, there has been no change regarding the protection and enforcement of human rights in Cuba. The shift of power in mid-2006 to Raúl Castro, Fidel Castro's brother, has also not led to considerable improvements in the country. The opposition remains weak due to constant suppression and frequent imprisonments, and there are no signs that this might change soon. Therefore, they depend on international solidarity and support as mentioned by Vaclav Havel when he attended a conference in April 2007 in Berlin that was co-organized by the Konrad-Adenauer-Stiftung and the International Committee for Democracy in Cuba.

It appears difficult to find a unified position on Cuba, either in Germany or in the European Union. On a European level there has been no coherent political strategy regarding Cuba, although the „Common Position“ which was signed in 1996 still forms the basis of European policy towards Cuba. However, since „diplomatic measures“ had been put in place against Cuba in 2003 and were subsequently suspended in 2005, opinions among the EU member states in terms of the right approach towards Cuba vary considerably, thus weakening the voice of the EU enormously. What is clear, however, is that the policy of „change through rapprochement“ has not proved to be a successful strategy towards Cuba. The basis for any kind of dialogue or cooperation must be a stated intention of the Cuban government to im-

prove its human rights record – this would even be more essential as Cuba is currently a member of the Human Rights Council of the United Nations.

■ **Die Situation in Kuba seit Raúl Castro**

Immer wieder schafft es Kuba in die Schlagzeilen: In den meisten Fällen wurde ein Dissident verhaftet, in wenigen Fällen ein politischer Gefangener freigelassen. Seit Jahren hat sich die Situation in Kuba insbesondere in Hinblick auf die Durchsetzung der universalen Menschen- und Bürgerrechte nicht verbessert. Auch die (vorübergehende) Machtübernahme durch Raúl Castro, Fidel Castros Bruder, im vergangenen Jahr hat an dieser Situation nichts Grundsätzliches geändert.

Gerade deshalb ist eine regelmäßige Analyse der politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen im staatlichen wie auch im zivilgesellschaftlichen Sektor in Kuba sinnvoll und notwendig. Im April dieses Jahres waren dazu hochkarätige Experten zu einer zweitägigen Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Komitee für Demokratie in Kuba am 24. und 25. April nach Berlin eingeladen. Der ehemalige Präsident der Tschechischen Republik und Präsident des Internationalen Komitees für Demokratie in Kuba, Vaclav Havel, nahm das Forum zum Anlass, um sich mit Nachdruck für Solidarität mit den Oppositionellen in Kuba auszusprechen:

„Das Wichtigste ist, dass die solidarische Hilfe den Menschen eine bestimmte Bedeutung und Wichtigkeit gibt. Es gibt verschiedene Möglichkeiten zu helfen. Veröffentlichungen, materielle Hilfe, Computer, Unterstützung in der Bildung. Es geht aber auch darum, dass man in offiziellen politischen Gesprächen ständig an die Situation der politischen Gefangenen erinnert. Falls es überhaupt politische Gespräche gibt. Dieses permanente Aufmerksammachen ist eine große Unterstützung für diese Menschen.“

Am 1. August 2006 hat Raúl Castro die Regierungsgeschäfte von Fidel Castro übernommen, der aufgrund schwerer Krankheit und einer Darmoperation bisher nicht in die aktive Politik zurückgekehrt ist und über dessen Gesundheitszustand nichts an die

Öffentlichkeit dringt. Obwohl Raúl die Regierung, die Kommunistische Partei sowie das Militär vollständig unter Kontrolle hat, ist seit Ende letzten Jahres zaghafte Kritik an den Missständen im Land möglich geworden: So tolerierte beispielsweise die kubanische Regierung im März 2007 die Schweigemärsche der Angehörigen der vor vier Jahren inhaftierten Oppositionellen. Grundsätzlich hat sich jedoch die Situation der Menschen- und Bürgerrechte nicht verbessert: Die Meinungs- und Pressefreiheit sowie Versammlungs- und Reisefreiheit werden unterdrückt, die Bürgerrechte werden nicht geachtet, Gewaltenteilung und demokratische Parteien oder Verbände gibt es nicht.

Derzeit sitzen in Kuba rund 300 politische Gefangene ein, teilweise unter katastrophalen Bedingungen, Mangelernährung und ungenügender medizinischer Betreuung. Von den im Jahr 2003 inhaftierten 75 Oppositionellen sind derzeit noch 59 in Haft. Auch die Zahl der Fluchtversuche ist konstant hoch, trotz der Gefahren, die eine Überfahrt nach Florida mit sich bringt oder der möglichen Folgen einer Inhaftierung, sollte die Flucht scheitern. Aber die Situation der politischen Gefangenen ist nur die Spitze des Eisbergs eines durchorganisierten Überwachungsstaates.

Gleichwohl ist erkennbar, dass das Regime seinen ideologischen Rückhalt in der Bevölkerung zunehmend verliert, da die Ziele der kubanischen Revolution bis heute nicht erreicht wurden bzw. immer mehr so genannte Errungenschaften verloren gehen. Hinzu kommt die große Armut in der Bevölkerung aufgrund der schlechten Bezahlung für reguläre Arbeit. Dies führt zur Aufnahme von Beschäftigungen im informellen Sektor, wie Geldgeschäften mit der für Touristen eingeführten und zum US-Dollar konvertiblen Währung CUC. Zudem sind die meisten Geschäfte leer – selbst Waren des täglichen Bedarfs sind nur in Läden zu finden, in denen man ausschließlich mit CUC bezahlen muss.

Trotz der Repressionen und der schlechten wirtschaftlichen Lage gibt es derzeit jedoch keinerlei Anzeichen für ein breit angelegtes Aufbegehren oder ein Erstarken der Opposition – trotz zahlreicher kleinerer Aktionen, die auch internationales Aufsehen erregen. Die oppositionellen Reformkräfte sind weiterhin

schwach und durch staatlichen Druck eingeschüch-tert. Gerade deshalb sind sie auf Unterstützung und Solidarität aus dem Ausland im Sinne Havels angewiesen.

■ **Deutsche Kuba-Politik seit 1998**

Ein einschneidendes Ereignis für die deutsche Kuba-Politik stellten die Bundestagswahl 1998 und der anschließende Regierungswechsel dar. Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) musste nach 16 Regierungsjahren die Macht abgeben und Gerhard Schröder (SPD) bildete als neuer Bundeskanzler eine Regierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Die neue Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in dieser Regierung wurde Heidemarie Wieczorek-Zeul vom linken Flügel der deutschen Sozialdemokratie. Sie gab für die neue Kuba-Politik das Motto „Wandel durch Annäherung“ aus. Im Mai 2000 besuchte die Ministerin Kuba, wo sie persönlich mit Fidel Castro zusammentraf. Nach ihrer Rückkehr sprach sie von der beeindruckenden Persönlichkeit Castros. Zeitnah bot ihr Ministerium Kuba offiziell staatliche Entwicklungszusammenarbeit an.

Die CDU/CSU, seit der Wahl im Herbst 1998 in der Opposition, widersprach dem neuen Konzept nach der Devise „Wandel durch Annäherung“. Diese Skepsis gründete in den Erfahrungen im eigenen Land während der Teilung Deutschlands. Auch damals hatten die deutschen Sozialdemokraten im Verhältnis zur DDR und der Staatspartei SED eines Tages den Kurs des „Wandels durch Annäherung“ erdacht. Es wurden sogar gemeinsame Grundsatzpapiere zwischen SPD und SED verhandelt. Der Zerfall der DDR und deren Zusammenbruch kamen aber nicht dank „Wandel durch Annäherung“ zustande. Verantwortlich dafür waren die Perestroika-Politik Michail Gorbatschows in der Sowjetunion sowie die Bürgerrechtsbewegung in der DDR selbst, die sich vor allem bei den Montagsdemonstrationen des Jahres 1989 kraftvoll bemerkbar machte. Deshalb schlug die CDU/CSU als Alternative vor, die Entwicklungszusammenarbeit mit nichtstaatlichen Akteuren in Kuba zu verstärken. Direkte staatliche Entwicklungszusammenarbeit lehnte sie jedoch ab.

■ Politische Maßnahmen

2003

Die erhebliche Verschlechterung der Menschenrechtslage in Kuba 2003 durch die Inhaftierung von 75 Regimegegnern und die Hinrichtung von drei vor der Küste Kubas gefassten Flüchtlingen veranlasste die Europäische Union, ihren Gemeinsamen Standpunkt von 1996¹⁾ aufzugeben. Dieser hatte jegliche wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen abgelehnt und unterschied sich damit in der Frage der Wirtschaftsanktionen gegen Kuba von der Linie der USA. Ein konstruktives Engagement und ein kritischer, umfassender Dialog auf allen Ebenen sollte stattdessen die Grundlage für die Politik der Europäischen Union gegenüber Kuba bilden.

„Die Europäische Union verfolgt in ihren Beziehungen zu Kuba das Ziel, einen Prozeß des Übergangs in eine pluralistische Demokratie und die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie eine nachhaltige Erholung und Verbesserung des Lebensstandards der kubanischen Bevölkerung zu fördern. Die Chancen für einen friedlichen Übergang stünden dann am besten, wenn das derzeitige Regime einen derartigen Prozeß selbst einleiten oder zulassen würde. Es ist nicht die Politik der Europäischen Union, den Wandel durch Zwangsmaßnahmen herbeizuführen zu versuchen, die nur die wirtschaftliche Not der kubanischen Bevölkerung noch vergrößern würden. [...]

3. Um den friedlichen Wandel in Kuba zu erleichtern, wird die Europäische Union
 - a) den derzeitigen Dialog mit den kubanischen Behörden und mit allen Sektoren der kubanischen Gesellschaft intensivieren, um die Achtung der Menschenrechte und echte Fortschritte in Richtung auf eine pluralistische Demokratie zu fördern;
 - b) stärker als bisher alle sich bietenden Gelegenheiten nutzen, um die kubanischen Behörden – sowohl öffentlich als auch in geschlossenem Kreise – an ihre grundlegende Verantwortung für die Menschenrechte, insbesondere das Recht der freien Meinungsäußerung und die Vereinigungsfreiheit, zu erinnern;

1) Gemeinsamer Standpunkt
96/697/GASP des Rates
zu Kuba, ABl. L 322 vom
12.12.1996.

- c) die Reform der die politischen und bürgerlichen Rechte betreffenden kubanischen Gesetze, einschließlich des kubanischen Strafgesetzbuchs, und mithin die Aufhebung aller politischen Straftatbestände, die Entlassung aller politischen Häftlinge und die Einstellung der Schikanierung und Bestrafung von Dissidenten fördern;
 - d) die Entwicklungen in der kubanischen Innen- und Außenpolitik nach den gleichen Maßstäben bewerten, die auch für die Beziehungen der Europäischen Union zu anderen Ländern gelten; dazu gehören insbesondere die Ratifizierung und die Einhaltung der internationalen Übereinkommen zum Schutz der Menschenrechte.
4. In dem Maße, wie die kubanischen Behörden Fortschritte auf dem Weg zur Demokratie machen, wird die Europäische Union diesen Prozeß unterstützen und prüfen, welche der ihr zu diesem Zweck zur Verfügung stehenden nachstehend aufgeführten Mittel zum Einsatz gelangen sollen, darunter
- die Intensivierung eines konstruktiven, erfolgsorientierten politischen Dialogs zwischen der Europäischen Union und Kuba;
 - die Intensivierung der Zusammenarbeit und insbesondere der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.“

Der EU-Ministerrat beschloss im Juni 2003 drei „politisch-diplomatische Maßnahmen“ (Einschränkung des hochrangigen Besucherverkehrs, Herabstufung der EU-Beteiligung an Kulturveranstaltungen, Einladungen an Dissidenten zu den Nationalfeiertagen der EU-Mitgliedsstaaten) und verurteilte die Inhaftierungen sowie die Hinrichtungen scharf. Auf diese politischen Sanktionen reagierte Fidel Castro prompt und verkündet am 26. Juli 2003, dass Kuba künftig auf „humanitäre Hilfe“ der EU und ihrer Mitgliedsstaaten gänzlich verzichte. Damit stand auch das Projekt von Ministerin Wieczorek-Zeul einer offiziellen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit vor dem Aus. Auch humanitäre Hilfe aus Bundesmitteln oder Stipendien des DAAD wurden seitdem abgelehnt. Die geplante Eröffnung eines Goethe-Instituts in Havanna kam bis heute nicht

zustande. Der „Wandel durch Annäherung“ hatte Schiffbruch erlitten.

Neues „Taufwasser“ kündigte sich Anfang 2005 an. Am 31. Januar beschloss der EU-Ministerrat die einstweilige Suspendierung der politischen Maßnahmen als Zeichen des guten Willens und des Interesses an einem umfassenden Dialog mit Kuba. Die kubanischen Machthaber reagieren darauf verhalten. Die EU wurde weiterhin als „Lakai der USA“ beschimpft, so z.B. in der Rede des Exekutivsekretärs des kubanischen Ministerrates, Carlos Lage, auf dem EU-Lateinamerika-Gipfel im Mai 2006 in Wien.

In Deutschland brachten die vorgezogenen Bundestagswahlen vom 18. September 2005 eine erneute politische Veränderung. Die beiden Volksparteien CDU/CSU und SPD bildeten eine Große Koalition unter der Führung der neuen christdemokratischen Bundeskanzlerin Angela Merkel. Können sich die beiden Regierungsparteien auf eine gemeinsame Kuba-Politik verständigen? Nach mühsamen Verhandlungen gelang es Mitte 2006, einen gemeinschaftlichen Kuba-Antrag in den Deutschen Bundestag einzubringen, dem sich auch FDP und Bündnis 90/Die Grünen anschlossen. In dem am 28. Juni 2006 vom Deutschen Bundestag verabschiedeten interfraktionellen Entschließungsantrag²⁾ heißt es:

„Der Deutsche Bundestag begrüßt ausdrücklich die Entschließung des Europäischen Parlaments zur Haltung der EU gegenüber der kubanischen Regierung vom Februar 2006.

Der Deutsche Bundestag schließt sich dem Rat für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen der EU an, der in seinen Schlussfolgerungen vom 12. Juni 2006 die Entwicklung der Menschenrechtslage auf Kuba scharf kritisiert hat.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. bilateral und auf europäischer Ebene die kubanische Regierung zur unverzüglichen Freilassung aller wegen ihrer politischen Gesinnung Inhaftierten zu drängen;
2. gemeinsam mit den EU-Partnern gegenüber der kubanischen Regierung die Aufhebung des Reiseverbots, insbesondere für die „Damen in Weiß“ und Oswaldo Payá Sardiñas zu fordern;

2) Deutscher Bundestag, Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Drucksache 16/2006.

3. die Verschärfung der Repressionen gegen die friedliche Opposition in Kuba bilateral und im Rahmen der EU gegenüber der kubanischen Regierung anzusprechen, um auf eine Verbesserung der Menschenrechtssituation in Kuba insgesamt und insbesondere auf die Abschaffung der Todesstrafe, die Verhinderung willkürlicher Verhaftungen (Ley 88 des kubanischen Strafrechts) sowie auf Presse- und Meinungsfreiheit zu drängen;
4. den Dialog mit der demokratischen Opposition und die Unterstützung von Menschenrechtsverteidigern intensiv fortzuführen;
5. die kubanische Regierung zur Zeichnung und Ratifizierung des UN-Zivilpaktes und des UN-Sozialpaktes zu drängen;
6. sich intensiv dafür einzusetzen, dass die vom Europäischen Rat angekündigte Ausarbeitung einer mittel- und langfristigen Strategie gegenüber Kuba auch auf eine konkrete Verbesserung der Menschenrechtssituation ausgerichtet wird;
7. die kubanische Regierung darauf hinzuweisen, dass Kuba als Mitglied des neuen UN-Menschenrechtsrates zu höchsten menschenrechtlichen Standards verpflichtet ist.“

Allerdings enthielt der Antrag keine Empfehlung an die Bundesregierung, wie sie sich bei der damals anstehenden erneuten Überprüfung der politischen Maßnahmen gegenüber Kuba durch den EU-Ministerrat verhalten sollte. Die CDU/CSU hatte ursprünglich vorgeschlagen, die politischen Maßnahmen von 2003 erneut in Kraft zu setzen. Ähnlich sah es auch das Europäische Parlament, das im Februar 2006 den kritischen Dialog mit Kuba seit der Aussetzung der politischen Sanktionen am 31.1.2005 als gescheitert ansah:

„Das Europäische Parlament [...]

3. [...] stellt fest, dass durch diese Tatsachen die Bestrebungen um eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Kuba, das Hauptziel der vom Rat am 31. Januar 2005 bei den ergänzenden Maßnahmen zu dem oben genannten Gemeinsamen Standpunkt vorgenommenen Änderungen, vereitelt werden, und fordert den Rat auf, entsprechend zu handeln;

3) Entschließung des Europäischen Parlaments zur Haltung der EU gegenüber der kubanischen Regierung, P6_TA(2006)0042.

4. ersucht den Rat und die Kommission, weiterhin alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Freilassung der politischen Häftlinge und die sofortige Beendigung der Schikanen gegen die politische Opposition und die Menschenrechtler zu erreichen;³⁾

Aber die Wiedereinführung der politischen Sanktionen war mit der SPD nicht machbar, die eine deutlich freundlichere Haltung gegenüber dem offiziellen Kuba einnahm.

Bei der Sitzung des Allgemeinen Rates der europäischen Außenminister im Juni 2006 nahm Deutschland eine Mittlerposition ein zwischen dem nunmehr „Castro-freundlichen“ Spanien, das unter Zapatero einen deutlichen Kurswechsel vollzogen hatte und seine bilateralen Beziehungen zu Kuba ausbauen möchte, und den eher „Castro-kritischen“ Staaten wie Tschechien und Polen, die aufgrund ihrer eigenen Vergangenheit das sozialistische Regime nicht unterstützen. Trotz einer Verschlechterung der Menschenrechtssituation in Kuba konnte sich der Rat nicht auf die Wiedereinführung der politischen Maßnahmen einigen. Schließlich legte er sich auf eine neue Entschließung fest, in der es heißt:

1. Der Rat bestätigt nachdrücklich die Relevanz und Gültigkeit der Ziele des Gemeinsamen Standpunkts von 1996 und weist erneut darauf hin, dass ein konstruktives Engagement und ein kritischer, umfassender Dialog auf allen Ebenen weiterhin die Grundlage für die Politik der Europäischen Union gegenüber Kuba bilden. Der Rat unterstreicht seine Entschlossenheit, einen echten Dialog mit den kubanischen Behörden sowie mit der friedlichen politischen Opposition und der Zivilgesellschaft Kubas zu pflegen. Die EU wird unter Heranziehung sämtlicher ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen allen Teilen der Gesellschaft weiterhin praktische Unterstützung in Richtung auf einen friedlichen Wandel in Kuba anbieten.
2. Der Rat bedauert, dass sich die Menschenrechtsslage in Kuba seit der letzten Bewertung im Juni 2005 weiter verschlechtert hat. [...]
3. [...] Der Rat weist auf die Verpflichtung aller in den Menschenrechtsrat gewählten Mitglieder hin, höchste Standards in Bezug auf die Förde-

rung und den Schutz der Menschenrechte zu wahren.

4. Die EU würde eine Wiederaufnahme des politischen Dialogs mit den kubanischen Behörden begrüßen. Dieser Dialog sollte sich auch auf die Frage der Menschenrechte erstrecken und auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und der Nichtdiskriminierung geführt werden. Der Rat fordert die kubanische Regierung nachdrücklich auf, im Hinblick auf die Förderung eines positiven und beiderseits nützlichen Dialogs durch konkrete Verbesserungen bei der Menschenrechtslage ihr Engagement für den Dialog zu zeigen. Der Rat betont, dass jeder hochrangige Besucher Menschenrechtsfragen gegenüber den kubanischen Behörden zur Sprache bringen sollte. [...]
6. Der Rat nimmt die sechzehnte Bewertung des Gemeinsamen Standpunkts der Europäischen Union betreffend Kuba zur Kenntnis und beschließt, die Geltungsdauer der [...] Aussetzung der diplomatischen Maßnahmen bis zur nächsten Bewertung des Gemeinsamen Standpunkts im Juni 2008 zu verlängern.

Der Rat beschließt, mit der Ausarbeitung einer mittel- und langfristigen Strategie für Kuba zu beginnen.“

Was bedeutet ein Deutschland als „Mittler in der Mitte“ einer europäischen Kuba-Politik? Das wurde besonders deutlich bei der heiß diskutierten Frage der Einladungen an kubanische Dissidenten – als Teil der politischen Maßnahmen – zum Empfang anlässlich des deutschen Nationalfeiertages. Die Deutsche Botschaft in Havanna löste das Problem im Jahr 2006 so: Am 3. Oktober, dem offiziellen Nationalfeiertag, fand ein Empfang ohne Einladung an Dissidenten statt; am 5. Oktober ein Empfang mit Dissidenten.

■ Deutsche Ratspräsidentschaft

2007

Deutschland wurde durch den Vorsitz der EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 eine besondere Rolle bei der Vorbereitung des Allgemeinen Rats der europäischen Außenminister zuteil, der vom 18. bis 19. Juni 2007 in Luxemburg unter dem Vorsitz des deutschen Außenministers Frank-Walter Stein-

meier tagte. In Hinblick auf die Kuba-Frage standen zwei Punkte auf der Tagesordnung: Die Überprüfung des Gemeinsamen Standpunktes – mit der Bestätigung oder Aufhebung der Suspendierung der politischen Maßnahmen – sowie die Ausarbeitung einer mittel- und langfristigen Strategie gegenüber Kuba.

Schon innerhalb der Großen Koalition waren und sind die Haltungen zu Kuba sehr unterschiedlich – trotz des gemeinsamen Entschließungsantrags vom letzten Jahr. Dies wird auch daran deutlich, dass alle Bemühungen um einen gemeinsamen Lateinamerika-Antrag bisher im Sande verlaufen sind. Einer der problematischen Punkte ist dabei auch die Kuba-Frage.

Die Ausarbeitung einer mittel- und langfristigen Strategie zu Kuba, die auf der Ratssitzung 2006 beschlossen wurden war, kam nicht zustande, da der Anfang dieses Jahres eingereichte deutsche Vorschlag keine Mehrheit fand. In Hinblick auf die Überprüfung des Gemeinsamen Standpunkts kursierten in Vorbereitung auf das Ratsreffen verschiedene Entwürfe der Ratsarbeitsgruppe Lateinamerika. Deren Inhalte reichten von der Aufhebung der Suspendierung der politischen Maßnahmen, d.h. der gänzlichen Abschaffung der Sanktionen, und deren Ersetzung durch einen umfassenden, unkonditionierten Dialog bis hin zu keinerlei Erwähnung der politischen Maßnahmen, wohl aber der Wiedereinführung des hochrangigen Besucherverkehrs, im Rahmen dessen die kubanische Regierungsstellen auf die Menschenrechtsverletzungen anzusprechen seien.

Die vom Rat letztlich beschlossenen Schlussfolgerungen gehen weder auf die mittel- und langfristige Strategie gegenüber Kuba noch auf die Frage der weiteren Suspendierung oder Aufhebung der politischen Maßnahmen ein, womit der aktuelle Status quo erhalten scheint. Allerdings bietet der Rat an, neben der Fortsetzung des intensiven Dialog mit der Zivilgesellschaft und der friedlichen Opposition wieder einen offenen und umfassenden Dialog mit der kubanischen Regierung über alle Fragen von gegenseitigem Interesse zu führen. Begründet wird dieser Schritt mit einer „neuen Situation“, da die vorübergehende Übertragung der Macht von Fidel Castro auf eine kollektive Führung unter der Leitung seines Bruders Raúl Castro stattgefunden habe.

„ 2. Die EU verfolgt die politische Entwicklung in Kuba einschließlich der Menschenrechtslage mit großer Aufmerksamkeit. Der Rat bedauert es, dass die Menschenrechtslage sich trotz des Rückgangs der Zahl der politischen Gefangenen und der Schikanen nicht wesentlich verändert hat. Die kubanische Regierung verweigert ihren Bürgern nach wie vor die international anerkannten bürgerlichen, politischen und wirtschaftlichen Rechte und Freiheiten. Die EU fordert die kubanische Regierung auch angesichts der Mitgliedschaft Kubas im Menschenrechtsrat erneut nachdrücklich auf, alle politischen Gefangenen bedingungslos freizulassen, und bekräftigt, dass diese Frage eine der wichtigsten Prioritäten in ihrer Politik gegenüber Kuba darstellt. [...]

4. Die EU erkennt das Recht der kubanischen Bürger an, in aller Unabhängigkeit über ihre Zukunft zu entscheiden, und ist nach wie vor bereit, auch durch die Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit einen positiven Beitrag zu künftigen Entwicklungen in allen Bereichen der kubanischen Gesellschaft zu leisten.

5. Die EU wird ihren intensiven Dialog mit der Zivilgesellschaft und der friedlichen Opposition aufrechterhalten, wäre aber zugleich bereit, wieder einen offenen und umfassenden Dialog mit der kubanischen Regierung über alle Fragen von gegenseitigem Interesse zu führen. Dieser Dialog sollte sich auf die gesamte Palette der Bereiche erstrecken, in denen eine Zusammenarbeit möglich ist, d.h. auch auf die Bereiche Politik, Menschenrechte, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Er sollte auf gegenseitiger und diskriminierungsfreier Grundlage stattfinden. Im Rahmen dieses Dialogs wird die EU der kubanischen Regierung ihre Vorstellungen über Demokratie, universelle Menschenrechte und Grundfreiheiten darlegen. Eine kubanische Delegation wird deshalb zu Sondierungsgesprächen nach Brüssel eingeladen.“⁴⁾

Obwohl der „umfassende Dialog“ auch Fragen der Menschenrechte beinhalten soll, steuert dieses Angebot in Richtung der Aufhebung der politischen Maßnahmen. Dieser Ratsbeschluss ist offensichtlich ein

4) Mitteilungen an die Presse, 2809. Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen, Luxemburg, 18.7.2007, 10657/07 (Presse 138), S. 7.

Kompromiss, aber er ist ein eher problematischer Kompromiss. Bereits zwei Tage später lehnte Kuba jeglichen Dialog mit Vorbedingungen ab und unterstrich damit erneut, dass es zu keiner positiven Veränderung bereit ist. Dies demonstriert zum wiederholten Mal, dass „Wandel durch Annäherung“ wenig Erfolg verspricht.

Klar ist: Auch Mitte 2007 sind wir einer gemeinsamen europäischen Kubapolitik nicht näher gekommen. Eine kohärente Kubastrategie der EU und ihrer Mitgliedstaaten ist aber notwendig, um eine einheitliche Haltung gegenüber Kuba einzunehmen. Denn in dem Maße, in dem die europäischen Staaten nicht mit einer Stimme sprechen, haben es die demokratischen Kräfte in Kuba schwerer, sich gegen das Regime zu positionieren und friedliche Veränderungen von innen heraus zu erreichen.

Es ist interessant, dass die neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die wie Tschechien jahrzehntelang eine kommunistische Diktatur ertragen mussten, für eine klare und entschiedene Kuba-Politik plädieren, während die regierenden Sozialisten in Spanien einen Castro-freundlichen Schmusekurs verfolgen. Die neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas wissen aus eigener jüngster Erfahrung, was einen Wechsel von der Herrschaft einer kommunistischen Staatspartei zu einer pluralistischen und demokratischen Ordnung befördert.

Bei allen politischen Erwägungen muss jedoch die Gewährung der Grund- und Menschenrechte eine unumstößliche Voraussetzung für jeglichen politischen Dialog sein. Deren Ausblendung aufgrund kurzfristiger politischer Interessen darf nicht erlaubt werden.

Die EU bewegt sich im Moment hin zu einem Annäherungskurs gegenüber Kuba. Eine Öffnung der europäischen Politik muss aber künftig an ein Entgegenkommen des Regimes in Menschenrechtsfragen geknüpft werden. Denn Bürger- und Menschenrechte sind nicht verhandelbar; in keinem Staat der Welt. Und Kuba, als Mitglied des UN-Menschenrechtsrates, sollte eigentlich mit gutem Beispiel voranschreiten und alle politischen Gefangenen freilassen sowie seine Repressionspolitik beenden.

Die menschenrechtsverletzende Praxis des Castro-Regimes zeigt zweierlei: Erstens muss die Gewähr-

leistung der Menschen- und Bürgerrechte eine unumstößliche Voraussetzung für die Wiederaufnahme der Entwicklungszusammenarbeit mit Kuba sein. Und zweitens müssen die Projekte von Kirchen, Nichtregierungsorganisationen und politischen Stiftungen für die kubanische Bevölkerung weiterhin unterstützt werden. Auch die Wiederbelebung der Kulturbeziehungen und die Eröffnung eines Goethe-Instituts könnten Schritte in die richtige Richtung sein.

Politische Maßnahmen können hilfreich sein. Aber sie müssen mit einer Stimme vertreten werden. Dies scheint derzeit in der EU nicht möglich – zum Schaden der friedlichen Opposition und der Reformkräfte in Kuba.